

Positionen des Hauptverbands der Deutschen Holzindustrie (HDH) zur Holzbauinitiative

Mit dem Beschluss des Koalitionsvertrags für die 20. Legislaturperiode setzt die Bundesregierung im Zeichen des Klimawandels ein deutliches Signal für die Förderung des klima- und ressourcenschonenden Holzbaus. **Holz** erschließt sich durch die Transformation hin zu einer biobasierten Wirtschaft und der damit einhergehenden Substitution fossiler Rohstoffe als **wichtigster nachwachsender Bau- und Werkstoff** zunehmend Marktanteile. Im Zeichen des europäischen Green Deals und der nationalen Klimaziele muss es darum gehen, vor allem den emissionsreichen Baubereich durch eine technologieoffene Herangehensweise bei der Bereitstellung CO₂-armer Produkte und Systeme nachhaltig weiterzuentwickeln.

Dafür bietet der **Holzbau eine zweifache Chance**: Holz kann im Bauwesen energieintensiv produzierte, **konventionelle Baumaterialien substituieren**. Gleichzeitig entzieht es der **Atmosphäre klimaschädliches CO₂** während des Wachstums, bindet den Kohlenstoff dauerhaft und hilft klimapolitische Herausforderungen zu meistern.

Werden die politischen Rahmenbedingungen für den Holzbau wie im Entwurf der Holzbauinitiative innerhalb der nächsten Jahre weiter verbessert, wird eine **zukunftsfähige Bauwirtschaft** geschaffen, die Klima und Nachhaltigkeit mit einer Produktivitätssteigerung sowie der **zügigen Schaffung kostengünstigen und qualitativen Wohnraums** verbindet.

Der Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH) formuliert hinsichtlich dieser Zielsetzung konkrete Maßnahmenvorschläge zu den Handlungsfeldern der Holzbauinitiative:

1. Bund als Vorbild und Vorreiter im klima- und ressourceneffizienten Bauen

Die **öffentliche Hand** nimmt mit einem jährlichen Auftragsvolumen in Höhe von ca. 500 Milliarden Euro eine zentrale Rolle in der Stimulation der Wirtschaft und der Etablierung moderner Bauweisen ein. Auf Länder- und Kommunalebene wird nachhaltige Beschaffung durch vielfältige Richtlinienvorgaben richtungsweisend vorgegeben. Nicht zuletzt forderte die Agrarministerkonferenz im März 2023 die Bauministerkonferenz zu einer **bundesweiten Erhöhung der Holzbauquote auf 30 Prozent** im Wohnungsbau bis zum Jahr 2030 auf.

Durch diese **Vorbildwirkung** hat sie die Möglichkeit, Wachstum und Investitionen als **entscheidender Wirtschaftsfaktor** zu lenken und somit eine innovative, ressourcenschonende und energieeffiziente Wirtschaft zu schaffen. Potenzial, das im Zeichen der Konjunkturbelebung einen maßgeblichen Beitrag leisten kann, indem es die **Nachfrage** nach **nachhaltig und klimafreundlich produzierte Waren** anregt.

Durch rechtzeitige und **stetige Information** über geplante Projekte sowie **kontinuierliche Ausschreibungen**, über das gesamte Jahr hinweg sorgt der Bund für **Planungssicherheit und effizienter Auslastung von Kapazitäten**. Dies fördert notwendige und nachhaltige Kapazitätserweiterungen der Unternehmen und erhöht den erwünschten Wettbewerb. Ausschreibungen, die den Fokus auf die notwendigen **Funktionen eines Gebäudes** legen, fördern das **serielle Bauen** und geben den Unternehmen notwendigen Spielraum bei der Herstellung.

Hier gilt es auf bereits bestehende, erfolgreiche Strukturen der betroffenen Fach- und Verkehrskreise zur Weiterentwicklung von Informations- und Beratungsangeboten aufzubauen.

- Es muss vermieden werden, dass mit öffentlichen Geldern Parallelstrukturen entwickelt werden. Das kostet wertvolle Ressourcen und Zeit.
- Bisher entwickelte Strukturen sollten aufeinander abgestimmt und ggf. zusammengeführt werden.

2. Stärkung von Forschung, Innovation, Modell- und Demonstrationsvorhaben

Innovationsfähigkeit und konsequente **Erweiterung der technischen Möglichkeiten** des Werkstoffes Holz bilden die Basis für eine erfolgreiche Anwendung als alternativem Baustoff.

Dazu bedarf es **progressiven Innovationsfortschritts** wie z.B. der Vorschlag der Bayerischen Architektenkammer für ein Experimentiergebäudetyp E, welcher Abweichungen von der Baurichtlinie zulässt.

Holz ist nicht nur durch seine leichte aber technisch hochwertige Bauweise für die städtische **Nachverdichtung** sowie **Aufstockung** prädestiniert. Durch industrielle **Vorfertigung** kann der Holzbau auch flächendeckend eingesetzt werden. Die Optimierung von Grundrissen mit hohem Wiederholungsgrad sowie der verstärkte **Einsatz industriell vorgefertigter Wand- und Deckenelemente** oder **Wohnmodule** erhöhen die fertiggestellte Wohnfläche deutlich.

Der **serielle Bau** erlaubt die wetterunabhängige Vorfertigung in Hallen und schließlich eine nur kurzweilige Montage auf der Baustelle. Ähnlich wie im seriellen Neubau, bietet die **serielle Sanierung** die Möglichkeit, schnell und kostengünstig, aber qualitativ und nachhaltig zu bauen. So könnte der Sanierungsstau im Hausbereich abgebaut werden.

Hierfür bedarf es einer stärkeren Förderung der Digitalisierung, vor allem der Genehmigungsbehörden, aber auch innerhalb der Planer. Die BMEL-Richtlinie zur **Förderung von Investitionen in der Holzwirtschaft** zeigte hier in die richtige unterstützende Ausrichtung und muss fortgesetzt werden.

Niedermeyer:

- Förderprogramme zu nachhaltigen und klimagerechten Bauweisen sollten abgestimmt aufeinander je nach inhaltlichen Schwerpunkten dezentral über alle Ministerien zur Verfügung gestellt werden.
- Förderprojekte sollten in Hinblick auf ihre Wirksamkeit gemäß den Zielen des Strategiepapiers in regelmäßigen Abständen durch unabhängige Gremien evaluiert werden.

Al Samarraie:

- Aktuellen Stand der Wissenschaft als Grundlage einer Überprüfung der Regularien heranziehen.
- Den Kommunen kommt eine tragende Rolle in Fragen der regionalen Wertschöpfung durch Nutzung regionaler Ressourcen zu.
- Entwicklung und Förderung standardisierter Bauteile und -elemente zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren (Typen) und zur Sicherstellung einer Wiederverwendung bei maximaler Nutzung (echtes Recycling), statt eines meist üblichen Downsizings. Damit wird die Zirkularität bestmöglich umsetzbar.
- Entwicklung von Systemen für standardisierte Holzbauelemente zur Sicherstellung einer werthaltigen Wiederverwendung.

Zu Dohna:

- Verstärkte Förderung von Investitionen KMU
- Umstellung der Ausschreibungsverfahren auf drei Lose: Tragwerk, Gebäudehülle und TGA

3. Ausbau von Bildung, Information, Beratung, Wissenstransfer und Fachkräftesicherung

Die Forschungsförderung gilt es, stärker auf die Verwendung des wichtigsten biobasierten Rohstoffes Holz ausrichten. **Verwaltungspersonal, ausschreibende Stellen sowie Architekten und Planer** müssen durch Schulungen notwendige **Fachkompetenzen erlangen**, um den Holzbau wirtschaftlich umsetzen zu können. Dazu muss der **Informationstransfer verbessert** werden. In der Unternehmenspraxis zeigen sich immer wieder **Wissenslücken der Akteure**, insbesondere mit Blick auf den modernen seriellen Holzbau. Um diesem wirksam zu begegnen sind zusätzliche Mittel für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von mindestens 10 Millionen Euro nötig.

Niedermayer:

- Insbesondere die themen- und zielgruppenspezifische Informations- und Fortbildungsangebote durch Organisationen und Institutionen der Holzbaubranche existieren bereits. Darauf sollte aufgebaut und der weitere Bedarf weiterentwickelt werden.
- Für die Hochschulen bedarf eines zielgerichteten Kampagne in Abstimmung mit den Ländern. Standortbezogene Kompetenzentwicklungen müssen im europäischen Kontext entwickelt werden.
- Ebenso sollte das Thema Fachkräfteentwicklung nicht nur national, sondern europäisch im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) fokussiert werden.

Al Samarraie:

- Einbindung von Experten aus der Praxis in die entsprechenden Bildungseinrichtungen, um einen schnelleren Wissenstransfer zu ermöglichen

4. Schaffung von Anreizen für ein klimafreundliches Bauen mit Holz, anderen nachwachsenden Rohstoffen sowie mit anderen nachhaltigen Bauweisen

Der **förderpolitische und ordnungsrechtliche Rahmen** zur energetischen Gebäudemodernisierung sollte unter dem Primat der Reduzierung des Wärmebedarfs und dem **Einsatz von nachhaltigen Bauprodukten** verbessert werden.

Die lange Lebensdauer von Gebäuden gebietet zudem eine regulatorische **Neuausrichtung der Gebäudebewertung** durch Berücksichtigung der **grauen Energie**. Nur so kann eine entsprechende Lenkungswirkung hinsichtlich Reduzierung der Treibhausgasemissionen entfaltet werden.

Auch könnte eine **Ökobilanzierungen als Bewertungskriterium** für einen **gestaffelten KfW-Zuschuss oder Zinsniveaus** gelten. Die entstehenden Zusatzkosten für Ökobilanzierungen könnten zunächst im Rahmen einer Förderung aufgefangen werden.

Niedermeyer:

- siehe 1.) Dezentrale, inhaltlich abgestimmte Förderlandschaft, die fortlaufend evaluiert wird.

5. Unterstützung des kreislaufgerechten und ressourceneffizienten Bauens

Nur nachhalte Forstwirtschaft sorgt für eine kontinuierliche Versorgung mit dem Rohstoff Holz. Die verstärkte Nachfrage durch vielfältige Verwendung verlangt zudem nach einer möglichst effektiven Nutzung. Die Holzindustrie vertritt daher das **Prinzip der Kaskadennutzung**. Es gilt, optimale Rahmenbedingungen für die **Etablierung von Stoffkreisläufen** durch geeignete Regelungen im Kreislaufwirtschafts- bzw. Wertstoffgesetz zu schaffen.

In Bezug auf die zentralen **Fragen der technischen Umsetzbarkeit** und der wirtschaftlichen Zumutbarkeit besteht in vielen Belangen der Nutzung von **Holz als Recyclingmaterial** noch **Forschungsbedarf**.

Die Recyclingfähigkeit, Trennbarkeit und Schadstofffreiheit von holzbasierten Produkten sind dort weiterzuentwickeln, wo dies **technisch, wirtschaftlich und ökobilanziell sinnvoll** ist.

Niedermayer:

- Auch hier sollte eine europäische Bestandsaufnahme vorangestellt werden. Insbesondere in europäischen Nachbarländer wie z.B. Frankreich, Niederlande, aber auch Schweden gibt es bereits gute Ansätze für Kreislaufwirtschaftssysteme.

Al Samarraie:

- Förderung der Entwicklung von Standardbauteilen, Standardbauelementen und Standardtypologien sowohl für Neubau als auch für die Bestandssanierung

6. Sicherung nachhaltiger Rohstoffversorgung und Wertschöpfungsketten

Der in dem Entwurf zur Holzbauinitiative ausgewiesene Bedarf setzt eine **ressourcenschonende Optimierung der Rohstoffpotentiale** voraus. Um die Rohstoffversorgung mit Holz in Deutschland möglichst zu erhalten und zu erhöhen sind wesentliche Voraussetzungen unabdingbar: Dazu zählt eine **nachhaltige Waldbewirtschaftung** und ein an die Veränderungen des Klimawandels **angepasster flächendeckender Waldumbau ohne weitreichende Nutzungseinschränkungen** und Nutzungsverbote im Wald.

Dabei sollte der Erhalt eines **Nadelholzpotenzials von mindestens 50%** gewährleistet sowie der besondere Einsatz für die stoffliche Laubholznutzung vorangetrieben werden. Zur optimalen Nutzung anfallender Kalamitätsholzmengen ist ein funktionierendes **präventives Kalamitätsmanagement** notwendig.

Auch eine stetig aktuelle **Datenlage zu Holzvorräten** im Wald und darauf aufbauend aussagekräftige Holzaufkommensszenarien muss gewährleistet sein.

7. Weiterentwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen, Regelungen und Entscheidungsgrundlagen hinsichtlich Klimarelevanz und auf der Grundlage einer sektorübergreifenden Treibhausgasbilanzierung

Die von der Bauministerkonferenz bereits im September 2019 beschlossenen **Erleichterungen für das Bauen mit Holz** und die **Harmonisierung des Baurechts** sind richtige Schritte. MBO, MVVTB und MusterholzbauRL enthalten einige Punkte, die als Schritte in die richtige Richtung bewertet werden können. Zahlreiche **formaljuristische Anforderungen erschweren die Baupraxis** von der Planung bis

zur Ausführung jedoch teils erheblich, denn sie bilden **nicht immer den aktuellen Stand der Technik ab**.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass diese **Hemmnisse für das Bauen mit Holz** in enger **kompetenzübergreifender Abstimmung beseitigt** werden sollen, indem z.B. technische Regelwerke, Bauordnungen und bautechnische Bestimmungen auf Länder- und Bundesebene transparenter und abgestimmt auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.

Das beste Mittel für die Steigerung der klimafreundlichen Holzbauweisen ist der **Abbau von rechtlichen Hemmnissen** im Bereich der Bauordnungen bei Bund und Ländern. Das Bauen mit Holz muss **baurechtlich vereinfacht und bundesweit einheitlich geregelt** werden. Eine wichtige Grundlage für das Bauen mit Holz ist neben einer harmonisierten Musterbauordnung (MBO) insbesondere auch ein in allen Ländern eingeführte Muster-Richtlinie über **brandschutztechnische Anforderungen an Bauteile in Holzbauweise** für Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 (M-HolzbauRl).

Eine zentrale **Koordinierungsstelle von BMWK, BMWSB und BMWK** mit klaren Verantwortlichkeiten ist zwingend erforderlich, kann sie doch eine schnelle und effiziente Lösung bieten, um das serielle Bauen mit Holz voranzubringen.

Niedermayer:

- Die Prozesse der Entwicklung der bauordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen müssen am Bedarf und der Erfahrung der betroffenen Fach- und Verkehrskreise orientiert werden.
- Die Entwicklung sollte unter Beteiligung aller mit paritätisch besetzten Gremien transparent umgesetzt werden.
- Die BMK mit Fachkommissionen als Vertretung der Länder ist hier mit einzubeziehen.

Al Samarraie:

- Abbau von Genehmigungshemmrisen durch standardisierte Bauteile, -elemente, -weisen, hin zu Typengenehmigungen mit bundesweiter Anwendung.

8. Monitoring und Datenhaltung im Handlungsfeld Bauen und Wohnen insbesondere zur Evaluierung klimarelevanter Effekte

Um Mehrfachbelastungen der Unternehmen durch **langandauernde, aufwändige Verwaltungsprozesse** zu vermeiden, müssen Behörden so vernetzt werden, dass einmal eingereichte **Unterlagen** für alle Beteiligten **zentral hinterlegt** werden und Verwaltungsvorgänge einmal angeschoben, zielgerichtet zu einer Entscheidung führen.

Dabei **sind standardisierte und routinierte Verfahren** sowie eindeutige Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltungen nötig. Letztendlich gilt es, eine **medienbruchfreie Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden** sicherzustellen.

Ziel muss es sein, **Planung und Bauen zusammenzuführen** und folglich Ressourcen bei Personal sowie Material und somit bei den Kosten zu sparen. **Building Information Modeling (BIM)** ist ein datenbasierter Prozess, der genau das leisten kann. Er vermeidet den üblichen Informationsverlust in den jeweiligen Planungsphasen eines Projektes und hilft dabei, den Informationsstand stetig wachsen zu lassen.

Grundlage ist ein virtuelles Gebäudemodell, an dem alle Beteiligten – Planer, Architekt, Bauunternehmen – bereits im Planungsprozess gemeinsam arbeiten. Zielkonflikte werden so rechtzeitig erkannt, und der **verbesserte Datenabgleich** trägt dazu bei, die **Effektivität** im Planungsprozess hinsichtlich Kosten, Terminen und Qualität zu steigern.

Vorgaben und Fristen für die verbindliche **Einführung von BIM** müssen politisch definiert werden. Folglich werden Schulungen für Architekten, Planer, Bauausführende sowie die öffentliche Hand unumgänglich, um eine erfolgreiche **Digitalisierung der Baubranche** zu ermöglichen.

Grundsätzliches:

- Eine zentrale Stelle für die Koordinierung der Initiative notwendig.
- Zeitpläne für die Umsetzung der Maßnahmen der einzelnen Ressorts sollten vorliegen (Verfügungstellung Haushaltsmittel, Zeitplan, Umsetzung), um verbindliche Aussagen zu manifestieren.
- Die Benennung von fehlenden Holzressourcen ist ein falsches Signal.
- Zusammenspiel mit den Bundesländern – Abstimmung auf Fachministerebene
- Welche Rolle spielt Charta für Holz zukünftig? Sollte dort die Aushandlung der Pläne erfolgen?

Niedermayer:

Die Ministerien BMEL und BMWSB sollten nicht nebenaneinander, sondern in horizontalen Gremien abgestimmt aufeinander agieren. Insbesondere die Beteiligung der Landesministerien ist koordiniert mit zu berücksichtigen.